



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.033.794

Wien, am 14. März 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Jänner 2022 unter der Nr. **9283/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „800 Tage Regierungsprogramm – 100 Tage Bundesregierung: Reformen im Bereich der Grund- und Freiheitsrechte“ an den Bundeskanzler gerichtet.

Durch die EntschlieÙung des Bundespräsidenten, BGBl. II Nr. 3/2022 liegt die Zuständigkeit zur Beantwortung dieser parlamentarischen Anfrage bei mir. Diese Anfrage beantworte daher ich wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Anlässlich von 30 Jahren Kinderrechte Evaluierung des Grundrechtsschutzes im BVG Kinderrechte*
 - a. *Welche konkreten Maßnahmen wurden in diesem Bereich gesetzt?*
 - b. *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2022 wann gesetzt werden?*
 - c. *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung involviert?*

Die Evaluierung des Grundrechtsschutzes im Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern (BVG Kinderrechte) wurde in Auftrag gegeben und wird ab dem Jahr 2022 von vier an österreichischen Universitätsinstituten tätigen Verfassungsjuristinnen und Verfassungsjuristen, Univ. Prof. Claudia Fuchs, Univ. Prof. Philip Czech, Univ. Prof. Katharina Pabel, und Univ. Prof. Dr. Karl Weber durchgeführt.

Mit dieser wissenschaftlichen Untersuchung soll geprüft werden, ob das BVG Kinderrechte seinen angestrebten Zweck, einen verfassungsrechtlichen Rahmen zur Umsetzung der zentralen Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention in Österreich sicherzustellen, erfüllt. Abteilungen anderer Bundesministerien sind bei dieser Evaluierung nicht involviert.

MMag. Dr. Susanne Raab

